

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG (INSTITUT FÜR KONJUNKTURFORSCHUNG)

Wochenbericht

18. Jahrgang

Berlin, den 1. Juni 1951

Nummer 22

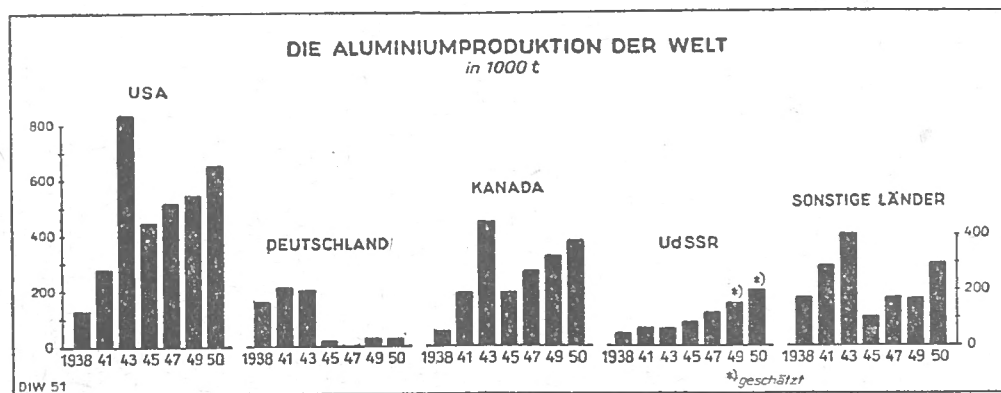
Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — ohne Quellenangabe nicht zulässig.

Zur Situation auf dem Weltmarkt für Aluminium

Der steigende Rüstungsbedarf hat eine ausreichende Aluminiumversorgung der Westmächte zu einem dringlichen Problem gemacht. Das Zurückbleiben der Produktion hinter der stürmisch wachsenden Nachfrage führte zu Bewirtschaftungsmaßnahmen in den Hauptverbrauchsändern.

Während die Kriegsjahre einen gewaltigen Anstieg der Weltproduktion von Aluminium mit sich gebracht hatten und auch Kapazitäten entstanden waren, die nie in Betrieb genommen wurden, trat nach Abflauen des Rüstungsbedarfs nach 1945 vorübergehend ein Rückgang der Hüttenproduktion ein. Er führte bei der relativ schnell ansteigenden Nachfrage der zivilen Wirtschaft deshalb nicht zu Spannungen in der Marktlage, weil die

vor von seiten der Regierung einschneidende Verbrauchsbeschränkungen dekretiert wurden. Dadurch, daß Ankäufe für die Kriegsreserve erst nach Ausbruch der Korea-Krise in nennenswertem Umfange getätigt wurden, verschärfte sich die Versorgungslage in der zweiten Hälfte 1950 noch zusätzlich. Um die notwendigen Reserven für die Rüstung sicherzustellen, haben inzwischen die Regierungen der USA und Großbritanniens Kür-



meisten Länder über große Mengen Aluminiumschrott verfügten. Mit Ablauf des Jahres 1949 waren diese Bestände allerdings soweit aufgezehrt, daß in den Hauptverbraucherländern USA und Großbritannien schon vor der Korea-Krise sich größere Mangerscheinungen bemerkbar machten.

Da die Produktion der in Betrieb befindlichen Fabriken zur Deckung des steigenden Bedarfs nicht mehr ausreichte und eine Ausnutzung der während des Krieges entstandenen Überkapazitäten bis dahin nicht möglich war, sahen sich die Hersteller von Rohaluminium in den USA genötigt, von sich aus eine Kontingentierung der Bezüge ihrer Abnehmer einzuführen, lange be-

zungen des zivilen Verbrauchs um 35 vH und 12 vH angeordnet. Mit Wirkung ab 1. Mai 1951 hat die NPA (National Production Authority) in USA eine 50%ige Beschränkung der Verwendung von Aluminium für 200 Güter, die zivilen Bedürfnissen dienen, angeordnet.

Die Weltproduktion

Die günstigen Produktionsbedingungen — der Rohstoff Bauxit, der in weiten Teilen der Erde gefördert werden kann, und die Bereitstellung billiger Energien aus Wasserkraftwerken — haben der Aluminiumerzeugung seit dem ersten Weltkrieg in vielen Ländern der Erde einen bei-

spiellosten Aufschwung ermöglicht. Er wurde unterstützt durch eine ebenso rasche Entwicklung des Flugwesens, des Fahrzeugbaues und der zunehmenden Elektrifizierung (Kabelindustrie). In Anwendungsbereichen, die bisher dem Kupfer allein vorbehalten waren, machten sich die Vorteile des niedrigen spezifischen Gewichtes des Aluminiums und seine gute Leitfähigkeit für elektrischen Strom mehr und mehr bemerkbar.

Zwischen 1929 und 1938 verdoppelte sich die Weltaluminiumproduktion (1938: 562 000 t) und erreichte im zweiten Weltkrieg nahezu die 2-Millionen-Grenze. Heute bewegt sie sich bei etwa 1,5 Mill. t. Die Produktion von Aluminium entfaltete sich vor dem Kriege im wesentlichen in den USA, Kanada und den kupferarmen Industrieländern Europas, wobei Deutschland, Norwegen, Frankreich und die Schweiz durch Bereitstellung billiger Wasserkräfte an erster Stelle standen. Die Nachkriegsentwicklung zeigt dagegen eine Verlagerung des Schwergewichtes nach den Vereinigten Staaten, Kanada und der Sowjetunion.

Welterzeugung an Aluminium

Land	Produktion in 1000 t				Anteil an der Weltproduktion in vH	
	1938	1943	1946	1950	1938	1950
USA	130	835	372	652	23,1	41,8
Kanada	55	450	175	380	9,8	24,4
UdSSR	44	62	105	200	7,8	12,8
Frankreich	43	46	48	62	7,7	4,0
Norwegen	28	24	17	44	5,0	2,8
Italien	26	46	11	34	4,6	2,3
Großbritannien	24	57	32	30	4,3	1,9
Oesterreich	5	44	1	.	0,8	.
Schweiz	28	19	13	20	5,0	1,3
Deutschland	161	203	—	228	28,6	2) 1,8
übrige Länder	18	166	12	108	3,3	6,9
Welt ...	562	1952	786	1558	100,0	100,0

Nach Minerals Yearbook 1948, aus verschiedenen Quellen ergänzt.

1) Geschätzt. — 2) Westdeutschland.

Kurz vor Kriegsausbruch entfielen fast 30 vH der Weltproduktion auf Deutschland, das vor der USA und Kanada an der Spitze aller Erzeugerländer stand. Während des Krieges verlor Deutschland seine führende Position an die USA, die damals bereits mehr als zwei Fünftel der Welterzeugung an Aluminium aufbrachten. Der deutsche Anteil war zur selben Zeit auf 10 vH zurückgegangen.

Die Ursachen der augenblicklichen Versorgungslücken liegen einesteils in dem Absinken der europäischen Erzeugung, insbesondere dem Ausfall der deutschen Produktion, andernteils erklären sie sich aus dem wachsenden Bedarf an Aluminium in USA.

Die amerikanische Aluminiumindustrie

Die amerikanische Aluminiumproduktion wurde während des Krieges durch die Inbetriebnahme neuer staatlicher Anlagen sehr stark ausgedehnt¹⁾. Nach Kriegsende stellte die amerika-

¹⁾ Bereits 1943 hatte das War Production Board erkannt, daß die Kapazität weit über den wirklichen Bedarf hinausging. Infolgedessen drosselte sie in den folgenden Kriegsjahren die Fabrikation nach und nach.

nische Regierung diese neuen Kapazitäten, soweit sie nicht stillgelegt oder abgebaut wurden, der Privatindustrie zur Verfügung. Sie überließ ihre Hütten in der Hauptsache den kleineren Unternehmen, in erster Linie der Reynolds Metal Corporation und der Permanent Metal Corporation (Henry-Kaiser-Konzern). Beide Firmen modernisierten mit Hilfe der zu einem Bruchteil des Anschaffungswertes erworbenen Anlagen ihre eigenen Werke. Dadurch vollzog sich gewissermaßen eine „Konsolidierung“ der amerikanischen Aluminiumindustrie. Die Schrumpfung der Kapazität von rd. 1 Mill. t bei Kriegsende auf 630 000 t zu Beginn 1949 und die seit längerer Zeit angespannte Versorgungslage in den USA durch die Rüstungskäufe der Regierung hat dazu geführt, daß die amerikanische Nachfrage nicht mehr allein aus eigener Erzeugung gedeckt werden kann, sondern auf Importe angewiesen ist. Praktisch kommt als Überschußgebiet zur Zeit nur Kanada in Frage, und es steht außer Zweifel, daß die kanadische Aluminiumindustrie auf diese Marktlage seit 1945 hingearbeitet hat. Sie hatte ihre aufs engste mit englischem Kapital errichteten Produktionsanlagen nach dem Kriege nicht abgebaut, sondern die Kapazitäten in Erwartung steigender Nachfrage aus dem Mutterland und den USA noch stärker erweitert.

Kanada ist gegenwärtig das einzige Land, das der amerikanischen Wirtschaft schnelle Hilfe in seiner Aluminiumversorgung leisten kann. Das Land verfügt über reiche Wasserkräfte, und die kanadische Aluminiumindustrie arbeitet mit besonders niedrigen Produktionskosten. Sie gilt als die rentabelste der Welt. Bis vor kurzer Zeit kamen jedoch Lieferungsverträge mit Kanada infolge des Widerstandes der us-amerikanischen Erzeuger nicht zustande. Jetzt hat die zunehmend angespannte Versorgungslage der Vereinigten Staaten diesen Widerstand überwunden.

Um dem Wettbewerbsdruck eines großzügigen Aluminiumimports aus Kanada entgegenzutreten, haben sich die drei großen amerikanischen Erzeuger erboten, die Produktion soweit auszubauen, daß sie den Bedarf der USA aus eigener Erzeugung decken können, wenn der im Jahre 1948 auf 2 cts je lb gesenkte Einfuhrzoll für Rohaluminium auf 4½ cts erhöht würde. Die Kapazitätserweiterung setzt den Bau von Kraftanlagen zur Überwindung des Energiemangels und den Bau von Bauxitwerken im Gesamtwert von 600 Mill. \$ voraus. Nach Beendigung dieser Bauvorhaben wird die US-Produktion um etwa 450 000 Tonnen gesteigert werden können, d. h. die Kapazität wird die Millionengrenze wieder übersteigen. Bis diese Produktion im Jahre 1952 wirksam wird, ist man allerdings auf Lieferungen der Aluminium Company of Canada angewiesen.

Die europäischen Verhältnisse

Großbritannien hat infolge ungünstiger Produktionsbedingungen im Mutterlande den Ausbau einer Aluminiumproduktion vernachlässigt, weil es seinen Bedarf billiger in Kanada decken konnte. Da jedoch der hohe Einfuhrbedarf — einem bisherigen jährlichen Verbrauch von 175 000 Tonnen steht eine Eigenproduktion von nur 30 000 Tonnen gegenüber — die Dollar-

bilanz Großbritanniens zu sehr belastet, sucht Großbritannien ebenfalls nach anderen Möglichkeiten zur Überwindung der Aluminiumengpässe. Wenn auch mit Kanada langfristige und sehr günstige Lieferverträge abgeschlossen worden sind¹⁾ und die aluminiumverarbeitende Industrie Englands für lange Zeit versorgt ist, so gewinnen die Projekte, die Bauxitlager in Britisch-Nord-Borneo, an der Goldküste und in Australien gemeinsam mit der kanadischen Aluminiumindustrie auszubeuten, an Bedeutung.

Für die westliche Welt ist der Aufstieg Sowjetrußlands zum drittgrößten Aluminiumproduzenten von einigem Interesse. Obschon die Sowjetunion über ausreichende Bauxitvorkommen verfügt, hat die Aluminiumerzeugung erst während des letzten Krieges einen nennenswerten Umfang angenommen. 1950 betrug die Jahresproduktion der Sowjetunion schätzungsweise 200 000 t. Diese Steigerung gegenüber 1941 auf mehr als das Dreifache ist nicht zuletzt dadurch ermöglicht worden, daß die UdSSR über demonitierte deutsche Erzeugungsanlagen und zwangsverpflichtete deutsche Techniker verfügen konnte.

Die OEEC hat für die ihr angehörenden Länder Pläne zur Überwindung des drohenden Aluminiummangels ausgearbeitet. Obwohl die Produktionsbedingungen in Europa gegenwärtig infolge des Überwiegens der Wärmekraftwerke ungünstiger sind als in Amerika, sind die Voraussetzungen für eine Produktionssteigerung für Aluminium dennoch durchaus gegeben. Die ECA-Länder verfügten im Jahre 1938 über rd. 72 vH der gesamten europäischen und 43,5 vH der Weltbauxitförderung. Die Lösung der Energiefrage — praktisch die Bereitstellung von Wasserkraft — setzt erhebliche Investitionen voraus, die man in Frankreich, der Schweiz und Skandinavien bereits in Angriff genommen hat. Nach der Verwirklichung des Erweiterungsprogrammes dürfte die Produktion der beteiligten Länder im Jahre 1952/53 auf annähernd 400 000 t und 1955 auf über 460 000 t ansteigen. Das bedeutet eine Zunahme der europäischen Erzeugung gegenüber 1949 um 135 vH. Der Verbrauch wird bis 1955 nach dem OEEC-Programm um schätzungsweise 85 vH des Umfangs von 1949 zunehmen. Hinzu kommt noch die Produktion aus zusätzlich geplanten Kapazitäten in den Kolonien und Dominions der europäischen Staaten.

Die deutsche Position ist seit Kriegsende außerordentlich geschwächt. Vor dem Kriege betrug der deutsche Anteil rd. 45 vH der europäischen Erzeugung und rd. 46 vH des europäischen Verbrauchs an Aluminium. 1945 wurde die Produktion gänzlich verboten. Die größte Erzeugungsanlage Deutschlands, das Lautawerk in der sowjetisch besetzten Zone, und ein Teil der Anlagen in Westdeutschland wurden demontiert. Erst das Washingtoner Abkommen vom 13. 4. 1949 ließ die Herstellung von Hüttenaluminium in Westdeutschland mit einer Begrenzung auf 85 000 t wieder zu. Von den vier westdeutschen Werken stehen nach vollständiger Demontage des Erftwerkes Grevenbroich drei Werke zur Verfügung, wovon das modernste, Töging, teildemon-

tiert wurde. Das Lippewerk Lünen hatte seine Produktion im Laufe des Jahres 1949 in bescheidenem Umfang aufnehmen können, mußte jedoch wegen der zu hohen Produktionskosten vorübergehend wieder stillgelegt werden.

Die Aluminiumversorgung Westdeutschlands ist gegenwärtig durch geringe Kapazitätsausnutzung (40 vH), erhöhte Kohlenpreise und ungleichmäßige Stromzuteilungen stark beeinträchtigt. Einem Monatsbedarf der aluminiumverarbeitenden Industrie von 9000 t steht heute nur eine Eigenerzeugung von 5000 bis 6000 t (nach der kürzlich bekanntgegebenen Erhöhung der monatlichen Produktion auf 1500 t Hüttenaluminium in Lünen) gegenüber. Rückgriffe auf Alt- und Abfallaluminium, das noch 1949 zwei Drittel des Verbrauchs ausmachte, sind nicht mehr möglich. Aber auch das Ausbringen von 6000 t hängt weitgehend von einer besseren Kohle- und Energieversorgung der Aluminiumhütten ab, im geringeren Maße nur von der Beschaffung von Bauxit. Wenn also von seiten der Produktion die Versorgung einigermaßen gesichert werden kann, so beeinträchtigt doch das vergleichsweise hohe Kostenniveau der deutschen Aluminiumproduktion den Export der weiterverarbeitenden Industrie.

Preis- und Kostengestaltung

Während die Kupfer-, Blei- und Zinkpreise auf dem Weltmarkt in der Nachkriegszeit weitgehend durch die politischen und wirtschaftlichen Unsicherheitsfaktoren beeinflußt und durch Hortungskäufe der Regierungen in die Höhe getrieben wurden, spiegelt der Aluminiumpreis mehr die echten Faktoren der Kostengestaltung wieder. Aluminium ist ein Erzeugnis, dessen Preis weitgehend von den Stromkosten abhängt. Der Bauxitanteil am Preis des Rohaluminiums beträgt nur 7 bis 9 vH. Wegen der in den einzelnen Ländern sehr stark voneinander abweichenden Gestehungskosten hat sich auch kein Weltmarktpreis im üblichen Sinne herausgebildet. Da aber das Schwergewicht von Angebot und Nachfrage in den Vereinigten Staaten und Kanada liegt, ist die us-amerikanische Notierung auch für andere Länder richtunggebend gewesen. Im Gegensatz zur Entwicklung des Kupferpreises, der seit 1945 um das Doppelte stieg, ist der Aluminiumpreis verhältnismäßig stabil. Er konnte in den Vereinigten Staaten im Zuge des außerordentlichen Produktionsanstieges zwischen 1939 und 1943 von 20 cts je lb auf 15 cts gesenkt werden, wurde aber nach dem Kriege auf den alten Stand von 17 cts heraufgesetzt, auf dem er bis Mitte 1950 verharrte. Seither ist der Preis auf 19 cts festgesetzt.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß die Aussichten für eine reichliche Versorgung des Weltmarktes mit Aluminium günstig sind. Jedenfalls sind sie weit günstiger als bei jedem anderen NE-Metall. Dabei dürfte die von der OEEC gewünschte Europa-Aluminium-Union, die in ihrem Programm den Ausbau bisher nur zu einem Bruchteil nutzbar gemachter Wasserkräfte vorsieht, die künftige Aluminiumversorgung auch bei ständig steigendem Verbrauch sicherstellen können.

¹⁾ Kanada hat dem Mutterland die vereinbarten Lieferungen unter dem „Weltmarktpreis zur Verfügung gestellt.

Ist Konsumbeschränkung noch aktuell?

Konjunkturdiagnose des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Mitte Mai 1951¹⁾

Nach der auf den Koreakonflikt folgenden, stark spekulativ bedingten Vor-Rüstungskonjunktur 1950/51 befindet sich die westliche Weltwirtschaft nun allgemein in einem Zwischenstadium. Die Mitte 1950 beginnende allgemeine Vor-Eindeckungswelle ist im allgemeinen seit Februar dieses Jahres im Abebben, und dieser Rückgang im „Lager-zwischen-Zyklus“ ist offenbar immer noch nicht ganz zu Ende. Trotzdem ist von einer stärkeren Abschwächung oder gar einem Rückschlag nicht die Rede; denn hinter dieser Entspannung im „Lagerzyklus“ steht die erst ansetzende starke Anspannung durch die Rüstungsproduktion. Sie wird mit voller Stärke sichtbar werden, wenn die Entlastung im Lagerzyklus aufhört, was mit Sicherheit im Verlauf der nächsten Monate erwartet werden muß. Ebenso muß erwartet werden, daß dann die jetzige Periode des Lagerabbaus im Lager-zwischen-Zyklus wieder von einer Periode der Lageranreicherung abgelöst werden wird. Die Einkommen — als Gegenwert der Produktion — werden also wieder stark wachsen, während ein zunehmender Anteil des Sozialproduktes dann tatsächlich für die Rüstungsproduktion eingesetzt werden muß, also nicht konsumiert werden kann. Die eigentliche Bewährungsprobe der Wirtschaftspolitik im Stadium der Rüstungskonjunktur, die Vermeidung der Inflation, steht also erst noch bevor.

Auch in der Bundesrepublik ist das augenblickliche äußere Bild der Wirtschaft bestimmt durch mannigfaltige Entlastungsanzeichen, während die Gesamtanspannung erst im Kommen ist. Das sichtbarste Entlastungssymptom ist die starke Entspannung der Zahlungsbilanzsituation. Seit März wurde bei den EPU-Abrechnungen wieder ein Überschuß zugunsten der Bundesrepublik erzielt: im März betrug er 13 Millionen Dollar, im April sogar 30 Millionen. Diese Entspannung ist zum Teil das Ergebnis der bewußten Drosselung der Einfuhr nach Erlass des Liberalisierungsstopps im Februar; die Verwirklichung dieser Maßnahme wurde jedoch dadurch erleichtert, daß etwa im Februar die internationale Eindeckungswelle umbrach und auch seither im ganzen wohl keine Verteuerung der Importwaren mehr zu verzeichnen war. Vor allem aber hat sich die Ausfuhr weiter günstig entwickelt (sie erreichte im März 1951 mit 1,09 Milliarden DM einen neuen Nachkriegshöchststand und war damit um 12 vH höher als im Februar 1951 und um 86 vH höher als im März 1950), da der Weltmarkt für Fertigwaren anhaltend unter dem Einfluß der beginnenden Rüstungskonjunktur steht.

Auf dem Binnenmarkt hat die allgemeine Eindeckungs- und Kaufwelle nachgelassen; die restriktive Kreditpolitik hat diese Entwicklung gefördert, aber wohl nicht verursacht. Ferner hat sich die Rohstoffsituation trotz des teilweisen Einfuhrstopps im ganzen — vor allem infolge Steigerung der Kohlenproduktion — zunächst etwas entspannt. Obwohl die Konsumgüterproduktion im März schon unter dem Einfluß der umschlagenden Eindeckungswelle stand und etwas zurückging, ist die industrielle Produktion unter dem Einfluß eines hohen Auftragsbestandes und noch immer hohen Auftragseingangs im ganzen seit Jahresbeginn wieder kräftig gestiegen und lag im März mit rund 127 (1936 = 100) wieder nur wenig unter dem bisherigen Höchststand vom November 1950 (130). Entsprechend hat sich auch die Lage am Arbeitsmarkt wieder verbessert. Im ganzen ist also unter dem Einfluß des zurückschlagenden Lagerzyklus, der restriktiven Kreditpolitik, der angebotsvermehrenden, wieder wachsenden industriellen Produktion und der auf dem Untergrund der an Umfang zunehmenden weltwirt-

schaftlichen Rüstungskonjunktur steigenden Exporte eine Entspannung der Gesamtlage eingetreten, die im Hinblick auf die kritische Außenwirtschaftsklemme und die Notwendigkeit ihrer baldigen Bereinigung äußerst erwünscht ist. Doch ist diese Entspannung auch in der Bundesrepublik sicher nicht von Dauer. Die Wirtschaftsentwicklung bewegt sich unentrinnbar auf neue, sehr beträchtliche Anspannungen zu.

Der öffentliche Haushalt steht vor beträchtlichen zusätzlichen Ausgabenverpflichtungen. Auf Grund der angemeldeten Verpflichtungen würden sich die Ausgaben der öffentlichen Hand von Mitte 1951 an auf vierteljährlich über 8 Milliarden DM belaufen (gegen rund 6,5 Milliarden Ende 1950), während, ohne neue Steuern oder Steuererhöhungen, die Einnahmen vielleicht 7 Milliarden DM pro Vierteljahr betragen werden, so daß also ein Defizit von vierteljährlich über 1 Milliarde DM droht. Eine derartige — auch eine etwas geringere — Ausgabenerhöhung der öffentlichen Hand bedeutet eine ausgesprochen expansive Kraft: sie wirkt verstärkt expansiv, wenn sie zum Teil durch Krediterschöpfung finanziert werden müßte.

Die Erhöhung der Rohstoffpreise in den vergangenen zehn Monaten hat sich offenbar noch nicht voll in den Fertigwarenpreisen durchgesetzt, und das Lohn- und Gehaltsniveau ist allgemein ins Gleiten gekommen. Die Investitionstätigkeit wird weiter hoch sein und vermutlich erneut wachsen. Eine Zunahme der Investitionen, aber auch eine Selektion — vor allem zugunsten der Engpaßindustrien — ist dabei nötig, um den sicher kommenden Ansprüchen an die Produktion genügen zu können. Die gegenwärtig noch absteigende Bewegung des Lagerzyklus wird in den nächsten Monaten auch in der Bundesrepublik auslaufen und dann vermutlich einer gewissen neuen Anreicherungstendenz Platz machen.

Aus allem ergibt sich mit Notwendigkeit auch ein ziemlich starkes Ansteigen der nominellen Einkommensmasse und von da aus wieder ein Anziehen der Nachfrage nach Verbrauchsgütern bei den letzten Verbrauchern. Bei der erneut wachsenden Beanspruchung des Sozialproduktes für Zwecke des politischen Sicherheitsbedarfs und für Investitionen sinkt der Anteil, der für den Konsum frei gemacht werden kann, während das gesamte Einkommen etwa im Maße des Wachstums des gesamten Sozialproduktes zunimmt. Daraus ergeben sich starke inflatorische Kräfte, die auch durch „Kreditrestriktion“ kaum gebändigt werden können.

Trotz der gegenwärtigen, vorübergehenden Entspannung der Gesamtlage bleibt daher das Problem, wie die Konsumentenausgaben der Konsumgütermenge angepaßt werden können, also das Problem der „Konsumbeschränkung“ durch erhöhte Besteuerung oder organisiertes zusätzliches Sparen, aktuell und wird es wieder mehr und mehr, wenn die unabwendbare Begrenzung des realen Konsums auf das Niveau der noch möglichen Konsumgütermenge durch Preissteigerungen (über das Maß der Steigerung der nominellen Einkommen hinaus) oder später durch Rationierungen vermieden werden soll. Von dieser „Bändigung“ der inneren Nachfrage hängt es auch zum guten Teil ab, ob in der Außenwirtschaft wieder zu freieren Formen übergegangen werden kann; doch spielt hierbei auch eine sehr große Rolle, ob und in welchem Umfang neue Auslandshilfe erhältlich sein wird, und in welchem Umfang die Bändigung der zunächst einmal unterbrochenen Inflation der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt durch die aufzubauende internationale Rohstoffkontrolle unter angemessener Berücksichtigung des deutschen Rohstoffbedarfs gelingt.

¹⁾ Erstabdruck des am 13. Mai 1951 im „Tagesspiegel“ erschienenen Berichts.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin-Dahlem, Pacelliallee 6, und Bonn, Schaumburg-Lippe-Straße 6. Präsident: Dr. Ferdinand Friedensburg, Abteilungsleiterkollegium: Prof. Dr. Bruno Gleitze, Dr. Ferdinand Grünig, Prof. Dr. Bruno Kiesewetter, Dr. Hans Liebe, Dr. Karl Georg Mahanke, Prof. Dr. Joachim Tiburtius, Dr. Albert Wiesler.

Schriftleitung: Dr. Hans Liebe, Berlin-Frohnau, Edelhofdamm 36. Verlag: Duncker & Humblot, Berlin-Lichterfelde, Geraniestraße 2. Druck: Buch- und Kunstdruckerei Gustav Ahrens, Berlin N 65. Alle Rechte vorbehalten. Printed in Germany. Bezugspreis für den Jahrgang (einschließlich Zustellung im Inland) DM 30,—, halbjährlich DM 16,—, vierteljährlich DM 9,—.

